

Ein besserer Sozialstaat für Kinder ist möglich!
Durch Entbürokratisierung und Digitalisierung!

Von Jochen Ott & Markus Schön

Zwei Feststellungen vorweg: Erstens, der Sozialstaat ist zu komplex und muss dringend entbürokratisiert werden. Zweitens, es ist inakzeptabel, dass in Deutschland ein Fünftel aller Kinder in Armut aufwächst. Beide Aussagen sind über politische Lagergrenzen hinweg Konsens, allem Streit über Sozialpolitik zum Trotz. Aber was machen wir aus diesem Konsens? Wir beide sind Sozialdemokraten, aber wir sind nicht naiv. Der Sozialstaat wird durch seine Gegner unter Druck gesetzt. Er muss besser werden, wenn er Akzeptanz behalten soll. Am Beispiel des „Bildungs- und Teilehabepakets“ („BuT“) werden wir zeigen, wie das gelingen kann: durch digitale Lösungen, weniger Bürokratie und mehr kommunale Verantwortung.

Das „BuT“ wurde 2011 eingeführt, um das „sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern“ zu sichern, wie es im Beamtendeutsch so schön heißt. Auch Kinder aus armen Familien sollen ein Instrument lernen, auf Klassenfahrten gehen oder in Sportvereinen Mitglied sein können. Zudem gibt es Zuschüsse für Nachhilfe, Lernmaterialien oder ein Mittagessen. Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Es gibt in Nordrhein-Westfalen Stadtquartiere, in denen fast die Hälfte der Kinder von der Grundsicherung leben muss. Chancengleichheit ist für diese Mädchen und Jungen nur Utopie. Das ist eine brutale Ungerechtigkeit und eine Riesendummheit, weil wir Talente, Wirtschaftskraft und Lebenschancen verschwenden. Umso wichtiger, dass es Programme wie das BuT gibt, um mehr Chancen und Gerechtigkeit schaffen.

Trotzdem ist das BuT berüchtigt und gefürchtet, bei Familien nicht weniger als bei Profis. Warum? Weil die Familien an die Hilfe nicht herankommen. Eine schier undurchdringliche Wand aus Bürokratie verhindert das. Jede einzelne Leistung muss einzeln beantragt werden, bei verschiedenen Institutionen an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten, analog, nicht digital. Die Folge: Viele Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind, scheuen den bürokratischen Aufwand oder wissen

gar nicht, welche Möglichkeiten ihnen offenstehen. Selbst die Profis verzweifeln: BuT ist zu einem Frust-Wort in Jobcentern und Kommunalverwaltungen geworden. Das ganze Verfahren ist so komplex und bürgerfeindlich, dass ein Großteil der BuT-Leistungen gar nicht erst abgerufen wird – und das oftmals in den Quartieren, wo die Not am Größten ist.

Und was macht NRW aus diesem Befund? Die Landesregierung versucht Bürokratie mit Bürokratie-Beratung zu bekämpfen. Sie möchte eine gemeinnützige Organisation fördern, die Familien - in einfacher Sprache, mehrsprachig, am Telefon oder im Chat - bei Beantragung der BuT-Leistungen berät. Das alles wird viel Geld kosten. Geld, das an anderer Stelle wieder fehlt. Millionen für Bürokratieberatung statt Bürokratieabbau. Absurder geht es kaum. So verspielt man die Unterstützung für den Sozialstaat.

Die Steuerzahler haben ein Recht darauf, dass ihr Geld sinnvoll und wirksam verwendet wird. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildungs- und Lebenschancen. Beide Rechte werden mit dem bisherigen System verletzt, die Ziele verfehlt. Dabei liegen die Lösungen auf der Hand: Entbürokratisierung, Digitalisierung, Zusammenlegung von Zuständigkeiten.

Hier ist unser Vorschlag für das neue und bessere BuT:
Anspruchsberechtigt sind alle Kinder und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre, die jedwede Art von Grundsicherung, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen.
Die (befristete) Bedürftigkeit wird über eine App der Familienkasse („Teilhabe-App“) nachgewiesen – angedockt am Kindergeldbezug.

Um BuT-Leistungen zu erhalten, müssen die jungen Menschen keinen gesonderten Antrag mehr stellen, sondern nur die Teilhabe-App vorzeigen. Das wäre konsequente Entbürokratisierung. Niemand müsste mehr als Bittsteller von Amt zu Amt laufen. Die Verarbeitung von Daten liefere dezent im Hintergrund. Die Stadt Hamm macht schon vor, wie es geht: Mit der „YouCardHamm“ kann man bewilligte Leistungen für Kinder und Familien direkt bezahlen, ohne weitere Anträge und aufwendige Einzelprüfungen. Das Beste: Die Hilfe kommt wirklich an – und wirkt!

Die Bildungsleistungen des BuT (kostenlose Mittagsverpflegung, Exkursionen, Schulmaterialien etc.), werden direkt von Kitas und Schulen bereitgestellt. Dafür erhalten sie über die Jugendhilfe- und Schulträger entsprechende Budgets.

Die Teilhabeleistungen (Sport, Spiel, Kultur oder Musikunterricht etc.) werden vom örtlich zuständigen Jugendamt vorgehalten und von freien Trägern der Jugendhilfe, Sportvereinen, Kulturinstituten wie den städtischen Musikschulen und ähnlichen Einrichtungen durchgeführt.

Das Nebeneinander von Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule muss beendet werden. Es sind dieselben Kinder, die wir in völlig unterschiedlichen Systemen betreuen. Diese Doppelung von Strukturen ist schlicht ineffizient. Modellvorhaben, wie das Krefelder Haus der Bildung, wo Kita und Grundschule mit Angeboten des Ganztags, der Inklusion und der Sozialarbeit unter dem gemeinsamen Dach eines Familienzentrums verknüpft werden, sollten bundesweit Schule machen.

Der lokale Netzwerkgedanke, der in vielen Kommunen schon gut funktioniert, soll auch hier ein Erfolgsfaktor sein. Denn vor Ort weiß man am besten, was gebraucht wird, was hilft und bei den jungen Menschen ankommt.

Der Bund darf nicht bei der Kinder- und Jugendhilfe kürzen, wie es Bundeskanzler Friedrich Merz bereits angedroht hat. Das wäre dumm und ungerecht. Wir brauchen mehr Bundesinvestitionen in die Lernförderung an Ganztagschulen. Bessere Schüler haben bessere Lebenschancen und tragen mehr zu unserem Wohlstand bei. Allerdings muss das Geld direkt bei den betroffenen Kindern und Familien ankommen. Es darf nicht im Bürokratiesumpf untergehen.

Am Beispiel BuT haben wir hier einen konkreten Vorschlag gemacht, wie das funktionieren könnte. Er lässt sich auf viele andere Bereiche übertragen. Ein besserer Sozialstaat ist möglich.

